

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Dienstag

4
Februar

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Eltville (B. Fabisz Wilm), Ecke Gutenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptgeschäftsführer Dr. phil. Franz Geueke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne, Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 3,60 Mk., für den Monat 1,20 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 3,87 Mk., monatlich 1,29 Mk. mit Bestellgeld. — Anzeigenpreis: 25 Pfg. für die kleine Zeile, für auswärtsige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile 1,50 Mk.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Schluss der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 4 Uhr, für kleinere Anzeigen am Vorabend 6 Uhr.
Postfachkonto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

- Tumult in Weimar - Neue Spartakuspläne

Der neue Staat

* Es ist wohl erlaubt, von der vollendeten Tatsache, von dem neuen Staate, von der westdeutschen Republik zu sprechen. Wenn förmliche Oberbürgermeister der Rheinlande sich zu dem Schritte entschließen, dann war es notwendig, unbedingt notwendig. Diese Herren haben nicht gehandelt, um Preußen zu zerlegen, um niederzuzureißen, sie haben den schweren Schritt getan, weil sie sich der Verantwortung vor der Geschichte bewußt sind. Manches, was in den letzten Tagen gegen die westdeutsche Republik geredet und geschrieben worden ist, war zweifellos richtig. Wir sind groß und stark geworden nicht zuletzt aus dem Grunde, weil wir ein hartes Preußen hatten. Und die Männer in Köln haben sicherlich genau gewußt, welche finanziellen Wirkungen die Tat für das übrige Preußen hat. Die Rheinprovinz brachte bisher rund ein Drittel der Steuern auf, und wenn Westfalen sowie weitere Gebiete sich der in Aussicht genommenen Gründung anschließen, dann sind für den mittleren und östlichen Teil von Preußen die finanziellen Quellen des Bestens verlohnt. Der Osten und Westen tauschten früher Güter und Menschen aus. Große Kulturwerte wurden im Osten mit westdeutscher Geduld geschaffen, während der Westen von ostelbischen Landräten und sonstigen eingewanderten Beamten zu einem großen Teile regiert wurde. All das hat naturgemäß mit der Begründung einer westdeutschen Republik aufgehört. Wir können es auch durchaus verstehen, wenn insbesondere Beamtenkreise mit großer Energie an dem alten Preußen festhielten. Aber was nützen die schönsten Gefühlsmomente, wenn harte unerbittliche Tatsachen zum Entschlusse drängen! Und harte unerbittliche Tatsachen sind es zweifellos gewesen. Alle Parteien haben sich der Aktion angeschlossen. Neben der Zentrumspartei finden wir beispielsweise in dem engeren Anschlusse die Führer der rheinischen Sozialdemokratie Meerfeld und Sollmann, den Führer der Deutschen Volkspartei Generaldirektor Weidmann aus Aachen, sowie den Führer der Deutschen demokratischen Partei Justizrat Falk. Auch der bekannte nationalliberale Führer Prof. Dr. Wolbenhauer hat eifrig mitgewirkt. Es herrscht völlige Uebereinstimmung, angesichts dessen muß jedes Wort der Kritik unterbleiben. Denn wo eine solche Uebereinstimmung besteht, da sind die schwerwiegenden Gründe ausschlaggebend gewesen. Und ihnen gegenüber haben alle Erinnerungen an das alte Preußen zu verschwinden.

Wenn nicht Dohes auf dem Spiele stände, wäre es heute Pflicht der „Rheinischen Volkszeitung“, einige erlauchte Worte an ihre Gegner zu richten. Man hat uns Vaterlandsverrat und ähnliche Sachen vorgeworfen. Wir hoffen, daß nun allerwärts Besonnenheit eingekehrt ist, wir wollen vergeben, vergessen, verzeihen, weil die andern nicht wußten, was sie taten. Die Männer in Köln haben keine Revolution gemacht. Sie wählten einen Ausschuss, der sofort mit der Regierung in Verbindung treten und die „Errichtung einer westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reiches“ anstreben soll. Ganz überflüssigerweise hat die preussische Regierung noch in wüthender Stille erklären lassen, daß sie allen Loslösungsbestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten werde. Mit Nachdruck! Es wäre wirklich zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre. Die gleiche preussische Regierung ist völlig machtlos. In Düsseldorf zerklüft die Volkswirtschaft alles, im Ruhrrevier ruiniert man die Schächte, überall brechen wilde Streiks aus und legen das ganze wirtschaftliche Leben lahm! Welche Zustände in der Ostmark herrschen, brauchen wir nicht zu schildern. Und die gleiche Regierung, die bisher nichts getan hat, die alles sparande gehen läßt, will mit Nachdruck den Loslösungsbestrebungen entgegenzutreten. In Berlin erklären die Arbeiter- und Soldatenräte, daß sie die Nationalversammlung nicht anerkennen und daß die Räte das oberste Organ des Reiches seien. Wir haben noch nichts gelesen von einem Proteste, von der Drohung, daß man mit allem Nachdruck solchen Bestrebungen entgegenzutreten werde. Der Protest war auch insofern im höchsten Maße unglücklich, als nun die preussische Regierung doch gezwungen ist, auch ihrerseits möglichst schnell zur Tat zu schreiten und die Begründung der westdeutschen Republik zu unterstützen. Die Sozialisten Meerfeld und Sollmann, der Demokrat Falk und die Volksparteier Weidmann und Wolbenhauer sind noch vor kurzem Anhänger des Einheitsstaates gewesen. Wenn sie heute eine andere Stellung einnehmen, so haben sie ihre guten Gründe dafür. Und diese Gründe werden auch für die Herren in Berlin durchschlagend sein. Die letzte Woche hat die Lage in Deutschland erheblich verschlechtert. Wir stehen vor der Hungersnot und vor dem Volksverwundnis, wir stehen vor dem gänzlichen Zusammenbruch unserer Wirtschaft. Von Westen aus kann das Deutsche Reich gesunden. Angesichts dessen müssen auch die schönsten Vorredner Preußens verstummen. Sie haben die Pflicht, den Schritt, der in Köln getan wurde, zu unterstützen, sonst gefährden sie schwer die Lebensnotwendigkeiten des ganzen Volkes. Wer sich trotzdem innerlich dem Kölner Beschluß nicht anschließen kann, hat die Pflicht zu schweigen. Wir begrüßen mit lebhafter Freude den Schritt,

Die Rechte der Kirche im neuen Verfassungsentwurf

Das deutsche Volk hat sich bislang noch sehr wenig mit den „Grundrechten“ befaßt, die ihm im Reichsverfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß zugedacht werden. Und doch verdient insbesondere der § 19, der in seinem ersten Satze jedem Deutschen „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ verbürgt, eine genauere Betrachtung, denn so harmlos, wie vielfach über diesen Paragraphen hinweggelesen wird, ist derselbe keineswegs. Um zunächst einmal festzustellen, was dieser Paragraph nicht enthält, tut man gut, sich den § 15 der ursprünglichen preussischen Verfassung zu vergegenwärtigen. Dieser § 15, dessen Bestimmungen bei den Beratungen über das gleiche Wahlrecht im Preussischen Abgeordnetenhause durch einen Kompromißbeschluß wieder hergestellt werden sollten, lautete: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitze und Genuß der für ihre Kultur, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.“ Durch die alte preussische Verfassung, deren Geist auch im Kulturkampf nicht ganz untergegangen wurde, wurden also das kirchliche Eigentum, die Fonds und staatlichen Bezüge der Kirchen gesichert und gewährleistet, in dem Verfassungsentwurf des Herrn Preuß ist davon aber keine Rede mehr. Sie steht der Schutz des Eigentums und die Sicherstellung der staatlichen Bezüge der Kirchen in keiner Weise vor.

Bedeutung und Geist des § 19 des Reichsverfassungsentwurfs werden aber noch deutlicher, wenn man denselben nach der positiven Seite hin untersucht und auseinanderlegt. Er verbürgt zunächst jedem Deutschen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, ein Satz, den wir in den Frankfurter deutschen Grundrechten von 1848 wiederfinden, denn Artikel V, § 14 dieser Grundrechte lautete: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.“ Der neue Reichsverfassungsentwurf begnügt sich aber nicht mit dieser Formulierung. Der Absatz 2 des § 19 lautet vielmehr: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen.“ Bei einer solchen Fassung werden aber die Religionsgesellschaften außer Stande gesetzt, einen Ueberblick über ihre Mitglieder zu gewinnen und wissen darum auch nicht, an wen sie sich halten sollen, um die Listen für die Kirchen aufzubringen. Es ist aber ein Grundgesetz des allgemeinen in Deutschland geltenden Rechtes, daß die Mitglieder der Religionsgemeinschaften zu ihren Listen beitragen müssen. Der § 19 bedeutet demnach in Wirklichkeit die praktische Beseitigung des Grundgesetzes, wq-

nach die Kirchen Anstalten des öffentlichen Rechtes sind. Dieser alles andere als kirchenfreundliche Geist des § 19 wird noch unterstrichen durch den dritten Absatz dieses Paragraphen, wonach keine Religionsgemeinschaft Vorrechte durch den Staat genießen soll. Dieser Satz stimmt überein mit dem § 17 der Frankfurter deutschen Grundrechte, in dem es weiter hieß: „Es besteht fernerhin keine Staatskirche.“ Diese Fassung ließ die Auslegung zu, daß das Staatskirchenrecht beseitigt wäre; die Fassung des § 19 des jetzigen Entwurfs ist aber ungleich radikaler, denn die unterschiedslose Gleichbehandlung aller Religionsgesellschaften schließt den Fortfall aller Rechte in sich, die den Kirchen und Religionsgemeinschaften eingeräumt sind, wie z. B. die Erhebung kirchlicher Abgaben, der Schutz des § 161 vor Beschimpfung der Einrichtungen und Gebäude der Kirche, die Substituierung aller Vorrechte für kirchliche Einrichtungen und Personen, die Steuerprivilegien. Es würden dadurch also nicht nur die katholische und die evangelische Kirche, sondern auch die jüdischen Gemeinden getroffen.

Diese Fassung des § 19 bedeutet aber auch, wie beabsichtigt werden muß, den Fortfall aller staatlichen Dotationen, worauf auch die Bestimmung im letzten Absatz des § 19 hinzuweisen scheint, wo von der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche die Rede ist. Die ganze Fassung des Paragraphen nötigt zu dem Schluß, daß auf die Auflösung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche hingearbeitet wird und daß dieselbe durch die Reichsverfassungsurkunde erzwungen werden soll. Wir sind der Meinung, daß sehr weite Kreise des deutschen Volkes sich vor einem solchen „Grundrecht“ bedanken, das in Wirklichkeit nichts anderes wäre, als ein Gewissenszwang und eine Vergewaltigung natürlicher und göttlicher Rechte. Wohin die Reise gehen soll, erhellt auch aus der weiteren Bestimmung des § 19, daß jede Religionsgesellschaft zwar selbständig sei, aber den allgemeinen Gesetzen unterworfen sein soll. Was das für Gesetze sein werden, läßt sich aus dem ganzen Geiste des § 19 un schwer ermessen, zumal wenn man denselben in Parallele setzt mit der berichtigten preussischen Kulturministerium Verordnungen getroffen worden sind. Im Rahmen des § 19 fände der Verwirklichung der Dietrich'schen Vorschläge jedenfalls nichts im Wege. Die Nationalversammlung wird sich selbstverständlich darüber klar werden müssen, ob sie durch die Billigung von Verfassungsbestimmungen, wie sie der § 19 des Entwurfs von Dr. Preuß enthält, die Hand zur Entfesselung eines neuen Kulturkampfes bieten will und auch die Landesverordnungen, vor allem die preussische, werden sich vor diese schicksalsschwere Entscheidung gestellt sehen.

lassen wird. So ist also das hungerrnde deutsche Volk in die Hände von Erpressern gegeben. Die Folgen der Forderungen der bolschewistisch verfahrenen Seelen sind gar nicht abzusehen. Es liegt auf der Hand, daß der Verband das Rückbleiben nicht anerkennt; er hat ganz unzweifelhaft erklärt, daß er russische Manieren nicht duldet. Die Seelen werden von ihren Forderungen nicht abgehen, was klammert sie es, daß das Volk hungert? Für sie ist viel wichtiger, daß die „Erzungen“ der Revolution geübt werden!

Neue Spartakuspläne

Berlin, 2. Febr. Ueber eine neue Aufstands- bewegung der Spartakusleute, die aus verschiedenen Anzeichen erwartet wird, erfahren wir von zuverlässiger Quelle: Adolf Hoffmann, der als die Seele der neuen Bewegung in Berlin gilt, hat in Versammlungen mehrfach die Forderung aufgestellt: Beseitigung der jetzigen Regierung, Bildung einer roten Garde, Rache für Liebknecht und Rosa Luxemburg. Am 2. Februar sollen entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Die Ortsgruppe der kommunistischen Partei in Berlin soll Berlin bereits in vier Agitationsbezirke gliedern haben. Bekannte Führer der Spartakusbewegung sind nach Braunschweig und Wilhelmshaven geschickt worden, um Anhänger zu sammeln und nach Berlin zu bringen. Diese Führer sind reichlich mit Militärwaffen versehen, um die Leute in kleinen Trupps nach Berlin zu führen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die Kommissionen in Berlin über gewalttätige Waffenlager verfügen. Für den neuen Aufstand wird als Ausbruchstag der 6. Februar bezeichnet. Die Regierung hat Vorkehrungen getroffen, um etwaige Unruhen im Reime erlöchen zu können. Die republikanischen Schutztruppen im Reichstagsgebäude haben sich vorerklärt in erhöhter Alarmbereitschaft. Ebenso ist auch die Besatzung des „Vorwärts“ seit vorgestern erheblich verstärkt worden.

Die „Freiheit“ in Deutschland

Hörsing v. Bohum, am 25. Jan. Am 25. Jan. gegen 11 Uhr erschienen zwei Wachtoldaten im katholischen Pfarrhaus und erklärten dem Pfarrer Eckardt, daß sie den schriftlichen Befehl vom K. u. S. Rat zu Wattenfeld hätten, ihn sofort zu verhaften. Er fragte sie, ob sie Gewalt anwenden würden, wenn er sich weigerte. Sie bejahten dies. Darauf nahmen sie ihn in die Mitte; er mußte mit ihnen gehen eine halbe Stunde lang von Hörsing bis zum Rathhaus zu Wattenfeld. Dort wurde er vor den K. u. S. Rat gestellt. Der Pfarrer legte zunächst Protest ein gegen die eigenmächtige, ungesetzliche und unbegründete Verhaftung. Er wunderte sich nicht wenig, als ihm der Grund eröffnet wurde. Der Sachverhalt ist folgender. In der Nacht vom 19. bis 20. Januar nach der Wahl von den Sozialdemokraten auf dem Turm der alten Kirche eine rote Fahne befestigt worden. Am Montag ließ man sie herunternehmen. Am Dienstag war sie wieder oben und zwar war die Tür der Kirche gewaltsam durch Abbrechen des Schlosses erbrochen worden. Der Pfarrer gab dem Schlossmeister den Auftrag, die Fahne wieder herabzunehmen und das Schloss und die Tür zu reparieren. So die Fahne gestiegen war, wußte niemand. Die alte Kirche, die augenblicklich für den Gottesdienst außer Gebrauch ist, war sehr verschlossen, und der Pfarrer hatte darüber das Hausrecht. Dieses Herunterholen der roten Fahne war also das „Verbrechen“, weswegen der Pfarrer zuerst vorgeladen wurde mit Androhung von Verhaftung bei Nichterscheinen, und dann tatsächlich verhaftet und gewaltsam vor den hohen Gerichtshof des K. u. S. Rates im Rathhaus zu Wattenfeld vorgeführt wurde. Auf die wiederholten Fragen und Vorhaltungen, woher sie auch nur das leibliche Recht hätten, durch Einbruch in das Eigentum der Kirchengemeinde einzudringen, und eine rote Fahne anzuhängen, wußten die K. u. S. Räte zum Schluß mit nichts anderem zu antworten, als mit der herkömmlichen Antwort: „Wir haben die Macht, es ist Revolution, die Revolution hat ihre eigenen Gesetze.“ Ein K. u. S. Rat erklärte sofort, es wäre eine Unverschämtheit von ihm, die Fahne herunter nehmen zu lassen, es sei eine gegenrevolutionäre Handlung. Wir werden nächsten Montag - früh er fort. - Die Fahne wieder anbringen lassen, und solle sie jemand herunterholen wollen, auf ihn schießen!

Paulsch in Rönigsberg

Rönigsberg, 2. Febr. Hier sind die wichtigsten Staatsgebäude von Matrosen besetzt. Die Uebernahme geschah ohne Kampf, da die Besatzungsmannschaften zu den Spartakiden übergegangen sind.

Eine Mahnung an die Eisenbahn

Berlin, 3. Febr. An die Betriebs- beamten im Reich! Der Zentralrat hat davon Kenntnis erhalten, daß in einzelnen Gegenden des Reiches Forderungen gestellt werden, die eine geregelte Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährden. So wichtig einige der gestellten Forderungen sein mögen, so ist doch jetzt die einzige Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Eisenbahndienst, den Verkehr und die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs reibungslos sicherzustellen. Vom geregelten Eisenbahnverkehr ist die Volksernährung abhängig, die Versorgung der Betriebe mit Kohlen und damit die einzige Möglichkeit der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Ferner ist von einem geregelten Eisenbahnverkehr abhängig die Belieferung und Heizung der Wohnungen, wodurch der Erkrankung und Verelendung des Volkes Einhalt getan werden kann. Der Zentralrat hat die Verpflichtung, auf alle für das Volk schwerwiegenden Folgen des unregelmäßigen Eisenbahnverkehrs hinzuwirken. Die Zeit ist zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in Schwierigkeiten zu bringen. Vor allen Dingen darf unter keinen Umständen eine sofortige Erfüllung von Forderungen ohne Verhandlungen durch Streiks verlangt werden, denn die Sozialdemo-

Zwischenfall in Weimar

Weimar, 2. Febr. Wenige Tage vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar sind die Vorbereitungen durch einen Zwischenfall gefährdet worden, der zwar bald beigelegt wurde, aber doch bewies, daß auch die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar keine unabdingbare Sicherheit für eine ruhige Tagung gibt. In der Nacht zum 1. Februar trafen in Weimar 100 Mann des Landes-Jägerkorps als Quartiermacher für die Regierungstruppen ein. Sie wurden vom Soldatenrat des Weimarer Infanterie-Regiments Nr. 94 zur Abgabe der Waffen aufgefordert und leisteten diesem Befehl Folge. Einige sich widersetzende Offiziere wurden verhaftet. Gehörn nachmittags wurden den entwaffneten Regierungstruppen die Waffen dann zurückgegeben. Seitens der Regierung wird erklärt, daß jede mögliche Vorbeuge gegen künftige Zwischenfälle getroffen worden sei.

In der Hand von Erpressern

Hamburg, 1. Febr. Die für heute vorgesehene Ausfahrt der aus 16 Schiffen bestehenden ersten Staffel der deutschen Lebensmittelschiffe ist bis zur Stunde nicht erfolgt und es besteht auch noch keine Gewissheit, wann das Geschehen wird. Treppen am vergangenen Mittwoch zwischen den Reedern und den seemannischen Berufsorganisationen eine Einigung über den Dienst und über die dauerhafte Zulassung derselben beschlossen war, hat sich der offizielle Vertreter nicht gefügt und stellt neue, viel weiter gehende Forderungen für die Schiffbesatzungen, die vom Zentralverband Deutscher Reederei nicht zugestanden wurden. Der Hamburger K. u. S. R. hat zugunsten des Seemannsbundes entschieden. In den Forderungen der Seeleute gehört u. a. die Einrichtung eines Schiffsrates, in dessen Händen die Disziplinargewalt an Bord liegen soll. Hierdurch entfällt die schwerwiegende Frage, ob der Verband dieses Ratesystem an Bord anerkennt oder ob er die Schiffe unter eigener Demanation fahren

Ein demokratisches Urteil

„Der preussische Geist, der im Osten herrscht, paßt nicht zu dem Geist Westdeutschlands; das zeigt wieder das Vorgehen der Berliner Parteileitung gegen Dr. Preuß (die Deutsche demokratische Partei in Berlin hat Dr. Preuß wegen seines Aufstellungsplanes abgelehnt). Red.). Der Redner tritt für die Teilung Preußens in zwei oder drei Teile ein, aber natürlich nur unter der Voraussetzung, daß auch die übrigen deutschen Bundesstaaten in eine großzügige Neueinteilung einbezogen werden. Auch die Schaffung eines dreigliedrigen Großherzogtum ist nicht diskutabel.“

Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Luppé in einer Frankfurter demokratischen Versammlung

tratte steht voraus, daß über alle Forderungen nach jeder Seite gerecht geurteilt werde. Berechtigten Forderungen muß natürlich entgegenkommen werden, aber nicht ohne vorherige Beratungen. Die Ziele der Revolution können nur erreicht werden, wenn alle arbeitsfähigen Menschen ihre Arbeitskraft reiblos in den Dienst der gemeinsamen Einrichtungen stellen. Das gilt insbesondere von den Eisenbahnarbeitern, Angehörigen und Beamten. Wir fordern deshalb alle auf, durch verstärkte Tätigkeit dem Wohle des Volkes zu dienen, und alle Forderungen in geeigneter Weise, durch Organisation oder im Vertriebe geschaffene Einrichtungen der Arbeitervereine, Arbeiterräte um den Verwaltungsbehörden zur Kenntnis zu bringen. Nur durch Organisation und Einfließen eines jeden einzelnen in das große Ganze kann das Werk vollendet werden, das im November 1918 begonnen wurde. Der Zentralrat der deutschen soz. Revolutio-

ns, gez. Leinert, gez. Cohen.

Die Lage in Bremen

Bremen, 3. Febr. Es finden noch immer Verhandlungen wegen Jurisdiktion der Division Verdenberg statt. Der K. S. R., der zurücktreten und auch die Arbeiterkammer entlassen will, ist der Meinung, daß die Aufgabe der Division Verdenberg erfüllt sei. Eine Abordnung hat mit der Berliner Regierung verhandelt; diese verlangt, daß in Bremen eine neue Regierung gebildet werde.

Befehl über den Kaiser

Berlin, 31. Jan. Ueber die Ursache des deutschen Zusammenbruchs äußert sich der frühere Führer der Freiwirtschaften, Herr v. Jochims, in der „Volk", indem er die Schuld einerseits der Großmächte des Westens und andererseits der Freiwirtschaften zuschreibt. Jochims sagt: „Bekannt ist, daß der langjährige Direktor der auswärtigen Politik, Herr v. Jochims, sich durch Privatberichte der ersten Reichskanzler über die wirtliche Lage der Dinge unterrichten ließ, weil in den amtlichen Berichten vorgeliegt alles verheimlicht wurde, was den Kaiser unangenehm berühren konnte. Bekannt ist auch, daß während des Krieges einem Reichskanzler, der über Lebensfragen des Reiches berichtet hatte, von der Umgebung des Kaisers dringend aus dem Reich getrieben wurde, so nicht zu sagen, daß der Kaiser dies unangenehm berühren konnte. Es ist klar, daß die Gewöhnung, nur das zu beachten, was die höchsten Kreise nicht hört, vor allem verkehrten im auswärtigen Dienst und im Generalfstab gewickelt hat. Schon des Generals Schlieffens Strategie ist davon nicht frei gewesen und mit Rücksicht auf den Fehlschlag unseres Feldzuges in Frankreich. Ja selbst Ludendorff ist dadurch zu einer Unterschätzung des russischen Heeres im August 1915 und der Generalstabschef im Westen 1918 gekommen.“

Ueber den Tod Ballins

Berlin, 2. Febr. Die Berliner Wochenzeitung „Die Wahrheit“ veröffentlicht Enthüllungen über die Umstände bei dem Tode Ballins, des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie. Am 8. November, dem Tage ihres Sieges, brangen die Revolutionäre in das Gebäude der Gesellschaft und in die Büros von Ballin. Dem letzteren wurde der Befehl erteilt, das Gebäude sofort zu verlassen. Er verlangte und erhielt einen Aufschub von wenigen Minuten, unter dem Vorwand, persönliche Angelegenheiten zu erledigen. Als die Soldaten nach einigen Minuten in das Bureau zurückkehrten, fanden sie Ballin lebend. Er hatte sich vergiftet.“

40 Milliarden auf dem Grund der Meere

Im „Matin“ schildert Charles Nordmann in einem Artikel die Werte, welche das Meer während des Weltkrieges verschlungen hat. Man schätzt, daß seit Anfang August 1914 etwa 15 Millionen Tonnen in den Meeren untergegangen sind. Der mittlere Wert einer Tonne Schiffsladung beträgt ungefähr 2500 Frs., demnach im Ganzen 40 Milliarden. Rechnet man die unbeladene Menge der Versenkungen in 1917, so könnte man rechnen, daß hierbei die Seeverluste 50 Millionen pro Tag betragen haben.

Zur Lebensmittelfrage

Berlin, 30. Jan. Zur Forderung der weiteren Verhandlungen über die Verlegung von Lebensmittel in Deutschland ist in Berlin eine Kommission gebildet worden, an der neben Vertretern beteiligter Behörden, Finanz- und landwirtschaftlichen Sachverständigen auch zwei Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise teilnehmen sollen. Die deutsche Wirtschaftskommission in Spaan hat die Verhandlungsleiter gebeten, bei der Zusammenkunft der Generalkommission gleichfalls eine Beteiligung von Gelehrten oder Experten zu erwidern.

Bern, 30. Jan. In London hat eine Bewegung zur Bekämpfung der Hungersnot in Europa eingesetzt. Es wurde ein Komitee gebildet, an dessen Spitze Lord Barmour steht. Zwei Entschlüsse wurden angenommen, von denen die eine betont, daß eine gleich-

mäßige Verteilung der Lebensmittel nötig sei, wenn Europa wirklich der Friebe gebracht werden soll, während die andere die sofortige Aufhebung der Blockade verlangt.

Unterernährung in Deutschland

Stadholm, 2. Febr. Laut „Sozialdemokraten“ hielt der bekannte Arzt Professor Johansson in der schwedischen Ärzte-Gesellschaft einen eingehenden Vortrag über die Lebensmittelfrage in Deutschland auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials. Nahezu 800.000 Todesfälle in den letzten Jahren seien auf Unterernährung zurückzuführen. Auch seien die 1600 Kalorien, die jetzt ein Individuum erhalte, durchaus ungenügend. Dabei sei es sogar sehr fraglich, ob diese Ration aufrecht erhalten werden könne, da die Abwerrung jetzt noch kräftiger als während des Krieges sei. Tote in Deutschland nicht bald eine Verringerung ein, würde eine völlige Hungersnot ausbrechen.

Englische Kriegsschiffe auf dem Rhein

Strasbourg, 2. Febr. Drei Raubenschiffe sind auf dem Rhein hier angelangt, welche die englische Flotte tragen. Das ist der erste Fall, daß man die englische Flotte auf dem Rhein sieht. (Matin.)

Ueber 20.000 deutsche Zivilgefangene werden in England eingekerkert

Berlin, 2. Febr. Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Bielefeld anstelle der Stadt Bremen zum Zentralpunkt der ersten Aufnahme der aus England kommenden deutschen Zivilgefangenen bestimmt. Zur Unterbringung der Aufzunehmenden ist die 48er Kaserne regierungsseitig zur Verfügung gestellt worden. Ein zweiter Transport von 600 Personen, Frauen und Kinder, ist eingetroffen. Nach einer Meldung aus Rotterdam ist aus London die Nachricht eingegangen, daß die Einschiffung von 20-22.000 deutschen Zivilgefangenen zurzeit erfolge. Die in allerhöchster Zeit in Deutschland erwartet werden könnten. Vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wird das Bielefelder Komitee zur Aufnahme der Zivilgefangenen instruiert. Die Linienkommandantur stellt, soweit es die Transportverhältnisse gestatten, Sonderzüge zum Abtransport der Aufzunehmenden in ihre Heimat.

Die Stellung des H. Baters

Bern, 1. Febr. „Leuz“ vom 28. Januar will aus abstrakt sänger Anrede erfahren haben, daß der Papst bei seiner Unterredung mit dem Präsidenten Wilson diesen gebeten habe, darauf hinzuwirken, daß das italienische Garanzgesetz der Souveränität des Papstes von allen Seiten anerkannt werde, damit der Papst nicht auf den guten Willen Italiens allein angewiesen sei.

Arbeiterbewegung in Spanien

Madrid, 30. Jan. (Reuter). Die wirtschaftliche Krise in den Provinzen hat sich verschlimmert. 30 Spanier sind in Alcazoban die Arbeit eingestrichelt. Die Parbeiter in der Provinz Girona drohen mit dem Generalstreik am 1. Januar. Der Streik der Strohfabrikanten und Hühnerzüchter in Sevilla dauert an. Es droht die Gefahr, daß die Stadt am 1. Januar wegen Kohlenmangels in Dunkel gehüllt ist. In Oviedo haben 3000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Eine monarchistische Regierung in Portugal? Oporto, 2. Febr. (Reuter). Da sich die Siege der Monarchisten behaupten, hat sich eine nationale Regierung mit Paula Goncalves als Premierminister und Arago als Minister gebildet. Die Regierung beherrscht einen großen Teil Portugals und erwartet die Ankunft Manuels.

Um den Stillen Ozean

Saag, 2. Febr. Die „Weltmeister Gazette“ meldet aus Paris: In Amerika legt man den größten Wert darauf, daß keine der Südpol-Inseln besetzt werde. Wenn Japan trotzdem auf den Inseln Stationen anlegen sollte, so würde das einen Sturm der Entrüstung in den Vereinigten Staaten entfesseln. Man glaubt, die Kontrolle des Südpolgebietes werde eine Bürgerpflicht dafür sein, daß die Inseln unbefestigt bleiben.

Religion als Wahlfach

Berlin, 3. Febr. Am 28. Januar hat eine Versammlung des Unterrichtsministers den Religionsunterricht für die bayerischen Volksschulen als Wahlfach erklärt und dem Belieben der Erziehungsberechtigten anheimgegeben. Von den bayerischen Bischöfen wird diese neue kulturpolitische Gewalt gegen Religion und Kirche aus weltlichen und staatlichen, sozialen und erzieherischen Gründen eindringlich in nachdrücklicher Form zurückgewiesen: „Religion, die im Konfessions- und in der zweiten Verfassungsbildung 33 unserer Kirche inbezug auf den religiösen Unterricht einmündig werden, sind der Wille eines einzelnen Religionsministers entgegen. Als unerhörte Anmaßung und als Eingriff in das unantastliche Rechtsgebiet müssen wir es bezeichnen, wenn von der Staatsmacht aus den-

Glern oder Vormündern das Recht eingeräumt wird, die Kinder vom Besuche des Gottesdienstes und „familiären religiösen Verpflichtungen“, also von streng verpflichtenden Kirchengeboten zu entbinden. Gewissenskonflikte bei vielen Eltern und einem guten Teile der Lehrerschaft, Familienfreistellungen, endlose Demurrirungen unserer Vorgesetzten und zunehmende ständige Verwilderung der Jugend sind notwendige Folgen dieser neuen Kampfbahn gegen Religion und Kirche. Kammer haben die Eltern das Wort.“

Die weiblichen Zentralratsabgeordneten

Für die Deutsche Nationalversammlung: Hedwig Dransfeld (Bielefeld), Agnes Neubaus (Dortmund), Maria Schmitz (Köln), Christine Teusch (Köln), Helene Weber (Erfurt), Maria Jettler (München). Für die preussische Landesversammlung (soweit bis jetzt festgesetzt): Hedwig Dransfeld (Bielefeld), Maria Jettler (München), Frau Gehrmann (Bielefeld), Elisabeth Swoboda (Köln), Gertraud Bronke (München).

Berlin, 31. Jan. Mit Rücksicht auf die obersteinsten Verhältnisse, ist an Stelle des bisherigen Regierungspräsidenten v. Hügel in Osnabrück der frühere Zentralratsabgeordnete Justizrat Bitter kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Osnabrücker Regierungspräsidenten betraut worden.

Wien, 2. Febr. (Osnab.) Ein zweiter Zug mit Lebensmittel, Geld und des englischen Vord. davon 100 Tonnen Getreide, 70 Tonnen Mehl, kondensierte Milch, Reis, Bohnen und Zwiebeln. Die Lage in Wien, betriebsmäßig sehr verschlechtert infolge der Anfang zahlreicher Flüchtlinge aus dem Osten und Nordosten. Aus diesem Gesichtspunkte ist noch eine weitere Verschärfung zu beschließen.

Paris, 1. Febr. Die Agence Havas meldet: Der Marineminister beschloß die Schaffung einer Zentrale für die Ausbildung von Vorkurs für die Rheinschiffahrt.

Paris, 2. Febr. (Havas.) Neben den belgischen haben auch die amerikanischen Delegierten zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genua, mit deutschen Delegierten in Erfahrung zu treten und an der Berner Konferenz teilzunehmen.

Aus aller Welt

Wien, 3. Febr. Morgen Dienstag, um 10 Uhr, wird auf dem Hofplatz eine große Parade stattfinden. General Mangin, Kommandeur der 10. Armee, wird teilnehmen. Außer den Kanonen-Motorengruppen, Radfahrergruppen, einer Kavallerie-Division, wird das berühmte Marocko-Kolonial-Infanterieregiment und eine Schwadron des ersten Spahis-Regiments — so heißt die malerische algerische Reiterei — an der Parade teilnehmen. Der General wird Ehrenzeichen verleihen, dann werden die Truppen vor ihm defilieren. Englische Offiziere der gestern hier angekommenen Kanonenboot-Geschwader werden der Parade beizuwohnen, und welcher ihr Geschwader vor dem General vorbeifahren wird.

Niederösterreich. Frau Wiesbeimer, die kürzlich infolge eines Gasrohrbruchs mit ihren beiden Töchtern bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden wurde, ist jetzt im hiesigen Krankenhaus an den Folgen der Gasvergiftung gestorben. Die beiden Töchter kamen mit dem Leben davon. Ein Rohheitsakt wurde in hiesiger Gemarkung verübt. Wohlhänge häuften wie die Bandalen in den Obstbaumlagen. Etwa fünfzig junge Obstbäume wurden durch Abbrechen vernichtet. Einem Landwirt wurde ein Kalb nachts aus dem Stall gebolt und fortgeführt, und in Oberingelheim stahlen Spinnweben aus dem Keller des Gastwirts Benzel ein großes Quantum Wein.

Zudweiser, 30. Jan. Am Dienstag sollte hier in der von ihm gestifteten Kapelle das Jahrgedächtnis für den verstorbenen Sandauners, dessen 50-jährige Witwe, Margarete, neben der Kapelle am Ausgange des Ortes Fuhmeller wohnt, begangen werden. Als Verwandte der Witwe am Morgen sich in ihre Wohnung begeben wollten, um der alten Frau bei den Vorbereitungen in der Kirche zu helfen, bemerkten sie, daß aus dem Hause Rauch aufsteige. Alle Türen bis auf eine hinter der des Hauses fanden sie verschlossen vor. Als sie ins Haus eindrangen, gelang es ihnen nur mit Mühe, die Fenster zu öffnen und den Rauch abzulassen. Als man sehen konnte, lag die Witwe in

schauerhafter Anstalt. Frau Sandauners lag tot auf ihrem Bette. Sie war durch Beiliebe auf den Hinterkopf gestrichelt worden. Das Bett brannte. Auch im Nebenzimmer brannte ein Bett, in welchem die Dausgenossinnen, die 84-jährige Witwe Katharina Krüger mit ihrer zwölfjährigen Enkelin Magdalene Dink, gleichfalls erschlagen lagen. Die Leichen waren schon zum Teil verfault. Die Stunden im Gefängnis und am Kopf zeigten, daß die Kerker durch Hammerschläge durchwühlt waren. Alle Zimmer des Hauses waren durchwühlt, die Schränke und Kommoden erbrochen. Was die Täter geraubt haben, ist im einzelnen noch nicht festgesetzt.

Köln. An der Tür des hiesigen britischen Kriegsgerichtes ist jetzt folgender Aufschlag angebracht: Es wird von diesem Gericht nur in ganz außergewöhnlichen Fällen Ausschub zum Besahnen der verhängten Geldstrafen gegeben. Alle Personen, die vor dieses Gericht geladen werden, müssen sich mit genügenden Barmitteln versehen, um erlante Strafen gleich bezahlen zu können. Wird die Strafe nicht bezahlt, so wird der Besahnte sofort dem Gefängnis überwiesen.

Bensberg. Die Kadettenanstalt wurde zu Beginn der Revolution von einer Truppe Köhner Ploniere gewaltsam aufgehoben und das Schloß, in dem sich die Kadettenanstalt befand, gewaltsam geplündert. Sicherem Vernehmen nach soll die Anstalt ab 1. April in Gestalt einer bürgerlichen Erziehungs- und Unterrichtsanstalt wieder geöffnet werden.

Essen. (Zum Rückgang der Ruhrkohlenförderung.) Im letzten Friedensjahre (1913) war im Ruhrkohlenbergbau im Durchschnitt eine monatliche Förderung von 954 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Während des Krieges ist die Förderung zurückgegangen. Sie betrug sich in der Zeit vom 1. bis 3. Vierteljahr 1918 auf durchschnittlich monatlich 8,38 Millionen Tonnen und im Oktober 1918 auf 8,45 Millionen Tonnen. Im November 1918 fiel dann die Förderung auf 6,25 Millionen Tonnen und erreichte im Dezember mit 5,77 Millionen Tonnen einen Tiefgang, wie er in ungefähre gleicher Höhe nur im August 1914, als etwa 10 Prozent der Belegschaften zu den Fabriken eingezogen wurden, zu verzeichnen war. Das überaus schlechte Ergebnis der Kohlenförderung dürfte im wesentlichen auf die dauernde Arbeiterbewegung im Ruhrbezirk zurückzuführen sein. Im November verging fast kein Tag ohne Streiks auf einer oder mehreren Zecken, und im Dezember hat die Arbeiterbewegung unter Spartakistischer Einwirkung noch erheblich zugenommen. Der durch die Arbeiterbewegung entstandene Schichtenausfall beläuft sich seit November auf etwa 800.000.

Berlin. Die „Donner Reichszeitung“ schreibt: Auf unserem Reichstagsgebäude liegt die Offerte eines Berliner „Volkstanzhauses“, ein Prospekt, der Folgendes anbietet: „Kaiser mit Zwillern und Text. Bliedender Hühnerdarm des Kaisers Kaiserliche Güte anbietet, mit Text. Der Kaiser mit Zwillern und Regensturm, mit Text: „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen.“ Nur diese Proben, die zur Kennzeichnung genügen. Das ist Berliner Kunst. Was wir an Erniedrigung jetzt als Folge fürchterlicher Ereignisse ertragen müssen, ertragen wir mit dem Bewußtsein, daß Gutes gewollt zu haben. Gewisse Volkstanzhäuser haben kein Gefähr für die Erniedrigung, die sie an sich selbst befehen, wenn sie solche „Kunst“ anbieten oder kaufen.

Berlin. (Trauerfeier und Tanzveranstaltungen.) Am 26. Januar hielten die Anhänger der Spartakisten und Unabhängigen auf Jede Teutoburgia in Holzhausen die Arbeit ein und demonstrieren als Trauerkundgebung für Liebknecht und Rosa Luxemburg. Anschließend daran veranstaltete man dann einen Festabend, wo die trauernden Spartakisten bis zum frühen Morgen kräftig das Tanzbein schwingen.

Berlin, 31. Jan. Die von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

Köln. (Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

Köln. (Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

Köln. (Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

„Frau Meier“

Zuspiel-Roman von G. v. Stofmann
Kochbuch verboten.
Darin waren sie sich vollkommen einig: niemand von der Familie sollte von dem neuen Erlebnis etwas erfahren, denn sie, und nur sie allein wollten der Tante gegenüber die Würde aufrechterhalten und sich dadurch gleich von vornherein eine Ausnahmestellung bei der vielverdienenden alten Frau sichern. Auch die Frau Meier durfte nicht im Weiter behandelt werden, als bisher; aber während in Großbüreau alle abmühsam und freudlos der Ankauf der Millionenante entgegenzusehen, wollte die in Hamburg in geschäftlicher und vorzüglich: Weise, ohne Namen zu nennen, ein Warnungsbuchlein an mehrere verassen und es von einem ihm bekannten Jungen Kaufmann in tatelloses französisch übersehen lassen. Zum Schluss ließ sich der trostreiche Pofus, daß eine alleinlebende Dame nirgends sicherer aufgehoben sei, als im Schoß ihrer Tante, ist sehr hübsch einleuchtend und erläutern, und diese heilige Versicherung, daß speziell er und seine Eltern zu ihrem Schutz und Schirm immer bereit sein würden, sollte das Werk zum Schluss noch können.“
Mein Meier war damit ganz einverstanden, und nachdem er ihr noch versprochen hatte, auch um strengste Diskretion zu bitten, und den Preis einzufordern zu lassen, damit die Tante ihn auch richtig erhielt, kam wieder Ruhe in ihr gewohntes Gemüt, und sie gab sich von neuem mit Feuerwerk den verschiedenen Vorbereitungen in ihrem Hause hin.
Ihrem Bruder Max gegenüber konnte sie es aber gelegentlich doch nicht unterlassen, wieder einige häßliche Bemerkungen über Frau Meier zu machen und seine unbegreifliche Blindheit zu beklagen. Das reizte ihn und er schmit schließlich ihre Worte mit der Eröffnung ab, daß er der über alles Verehrten bereits seine Hand angetragen habe.
Daraufhin wurde mein Meier ganz blaß vor Zorn. Daß er dies wirklich tun werde, hätte sie doch nicht gedacht, und nun fragte sie erregt: „So seid ihr verlobt?“

„Reider nicht,“ war die Antwort. „Frau Meier hat meinen Antrag weder angenommen, noch abgelehnt. Ich darf ihn erst wiederholen, wenn die Angelegenheit mit Tims Witswe geordnet ist und ich meine Verhältnisse klar übersehen kann.“

„Nun, mein Max,“ meinte sie, „die Verlobung ist, offen gestanden, noch immer und vorläufig als ich dachte, aber ihr Bögen scheint ganz berechtigt. Unbestimmt, wie alles noch ist, will sie natürlich erst leben, wobei von dem Trostteil der zufallen wird, und danach ihre Entschlüsse fassen; es könnte indessen sein, daß man ihr von anderer Seite einen Strich durch die Rechnung macht, und dann bist du auch aus aller Not und Gefahr. — Wenn da was wegen meiner Worte jetzt auch verabsäumt, so schadet das nichts. Wer zuletzt lacht, lacht am besten, und ich bin, außer Tante, die einzige gewesen, die von Anfang an diese Angelegenheit und nehmisdollste Frau Meier ganz durchschaut hat.“

Nun war der große Augenblick gekommen. Koffer und Kisten und ganze Kleidungsstücke voll moderner Möbel wurden vor der Villa abgefahren. Hamburgs Leut legten die Teppiche beschleunigten Vordänge und hingen die Bilder auf, und dazwischen stand Herr Wittenburg wie ein Held und dirigierte die ganze Sache mit ruhiger Würde und Geistes.

Die Kinder und auch ältere Leute, welche zu allen Tagesstunden die Straße vor der Villa belagerten, hatten immer etwas zu sehen und zu bewundern, und das allgemeine Geklatsch hing aufs höchste, als zum Schluss aus der Kistenkammer und der Koch erschienen, die bald darauf in Tante Wittenburgs Anwesen in der Küche heranzogen.

Die Koffer und ihre jüngeren Geschwister, die sich zum Aufsehen besonders herbeizuglänkten, weil es ja ihre Tante war, die dort einzog, konnten Frau Meier gar nicht genug erzählen von all dem Kostbaren und Juwelierarbeiten, das sie gebracht hatten, und selbst Tante versuchte es nicht, zuweilen hinzugehen und die unheimliche Schnelligkeit zu bewundern, mit der die Sache vor sich ging. Ja, es gelang ihr durch einen Zufall sogar Frau Tommähns Anknüpfung

zu erleben, und dieses Glück war nur wenigen Glücklichen beschieden, denn die alte Tante erschien unangemeldet in früher Abendstunden im Automobil, begleitet von der Jungfer und dem verabschiedeten Diensten, dem bei dem Aussteigen ihre größte Sorge galt, und das sie, ohne sich anzusehen, selbst die Stufen zur Villa hinauf trieb.

Die Verwandten waren zuerst sehr unglücklich gewesen, daß ihnen ein feierlicher Empfang der Tante auf dem Bahnhof auf diese Weise genommen wurde, aber die alte Tante hatte diesen gerade vermeiden wollen. Er wäre wohl auch zu bewundernd und angreifend für sie gewesen, nach der langen Reise die vielen fremden Gesichter um sich zu sehen, und so fand man sich in das unheimliche und harte in dem der Dinge, die da kommen sollten. Sobald aber die Nachricht von ihrer Ankunft die Stadt durchströmte, begann ein wahres Wettrennen von Boten, welche schriftliche Willkommengrüße zu überbringen hatten, begleitet von kleinen Geschenken und zarten Aufmerksamkeit für die Weiberte.

Die Familie Groth schickte ein entzückendes Dankeschreiben mit blauen Atlasblättern und blauen Atlasblättern, sowie zwei eben erschienenen Romane und Blumen, mein Meier die Gartenmöbel und prächtige Realines, der Friseurmeister Agareiten, die Tante in Hamburg an besten Stellen besorgt hatte, und Frau Klauine ein Jugendbildnis ihres Vaters Timm, von einem zarten Malerwerk umgeben. Witswe brachte ein elegantes Sofaflissen geschickt und der Doktor einen begnugten japanischen Liegestuhl für die Alexandra schickte.

Alle Waben wurden auch dankend angenommen, und dem einen oder anderen Boten glückte es sogar, Frau Tommähns von weitem zu sehen, aber es vergingen zwei volle Tage, ehe die alte Tante ihr selbst den Besonderen ihres Namens einen Exerzit entgegenvor.

Daß sie keine einzelnen Wittenburg wünschte, wurde schon im Voraus von Herrn Wittenburg bekanntgegeben, und man rechnete nun in überhäufiger Spannung darauf, daß sie selbst bei den betreffenden Familien erscheinen werde.
Nichts dergleichen geschah. Statt dessen kamen gedruckte Karten an jedes Mitglied der

Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

Köln. (Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Leipzig, 31. Jan. Die Leipziger Schulleute, Ratsbeamten und Feuerwehrlente sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: für Volksschulleute monatlich 340 Mark, Schulleute und Feuerwehrlente 360 Mark, Oberwachtmeister 380 Mark, Inspektoren 400 Mark.

Köln. (Kohlenfrage.) Die Kohlenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeliefert worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Der Rat hat eine wohlwollende Prüfung der Vor-
beratungen zugestimmt.

München, 31. Jan. Die Königin von Bayern,
die auf Schloss Hohenaschau am Chiemsee weil,
liegt im Sterben.

Stockholm, 29. Jan. (800.000 Todesfälle in-
folge Unterernährung in Deutschland.) Laut „Social-
demokraten“ hielt gestern der bekannte Arzt, Professor
Johannson in der schwedischen Ärzte-Gesellschaft einen
eingehenden Vortrag über die Lebensmittellage in
Deutschland auf Grund eines umfangreichen statisti-
schen Materials. Nach 800.000 Todesfällen in den
letzten Jahren seien auf Unterernährung zurückzuführen.
Nach ihm die 1600 Kalorien, die jetzt ein Individuum
erhalte, durchaus ungenügend. Dabei sei es sogar
schwer fraglich, ob diese Ration ausreicht erhalten wer-
den könne, da die Abkürzung jetzt noch strenger als
mehreres des Krieges sei. Tote in Deutschland nicht
halb eine Verringerung ein, würde eine völlige Hungers-
not ausbrechen.

Woher kommt das Wort „Futsch“? Ja,
woher kommt das Wort, das uns jetzt alle ganz
Tage im politischen Teil der Zeitungen leider auf-
geht? Es klingt fast ein bisschen hebräisch oder
polnisch, nicht wahr? Aber in Wirklichkeit ist es
gut „Schwäbisch-Fränkisch“. Es entstammt der Alti-
germanischen Mundart und wurde zum ersten Male auf die
Räuberischen Urkunden vom Jahre 1839 angewandt.
Seit der Zeit — es kann also fast 80 Jahre
bestehen — bezeichnet das Inavide Wortlein
jeden plötzlichen und unerwarteten Umsturz-
versuch.

Aus der Provinz

W. Viehbach, 3. Febr. Einer nicht uninter-
essanten Statistik über die Wahlbeteiligung der
Jugendlichen begegnen wir in der „Viehbacher
Tagespost“. Die Statistik basiert auf einer pri-
vaten Aufstellung, welche sich ein Wahlvorsteher
gemacht hat. Es nahmen danach an der Wahl
teil: Männer 80,7 Prozent (bei der Wahl vor
8 Tagen 88,5 Prozent), Frauen 80,4 Prozent
(88,5 Prozent), Männer im Alter von 20 Jahren
86,3 Prozent, im Alter von 21—24 Jahren 84,2
Prozent, von über 24 Jahren 85,1 Prozent der
Wahlberechtigten. Von Frauen im Alter von
über 24 Jahren 81,5 Prozent. In die Augen
fällt dabei die verhältnismäßig starke Wahlbe-
teiligung der jugendlichen Frauen gegenüber der
jugendlichen Männer.

i. Oestrich, 1. Febr. Bei der gestrigen Wäl-
terwählung der Erben K. M. Rehringer
wurden folgende Preise erzielt: für Weinberge
56, 51, 40, 62, 33,50, 42, 33, 66, 66, 54 und
70 Mark; für Acker 90 Mark die Aute. Das
Wohnhaus kostete 2700 Mark.

K. Radesheim, 2. Febr. Nach vierjähriger
Pause hatte der „Kathol. Arbeiterverein“
zu einer Versammlung in den „Abteigauer Hof“
eingeladen. Es galt das Vereinsleben neu zu
beleben und auszubauen. Der Toten und der auf
dem Felde der Ehre Gefallenen wurde seitens
des Vorsitzenden besonders gedacht. Nach dem ge-
gebenen Bericht zählte der Verein heute 157 Mit-
glieder. Der Kassenbestand beträgt 1681 Mark;
in der Reichskassette befinden sich 800 Mark. In
den Vorstand wurden gewählt, die Herren Barth,
Dries, Böhm, Bollenfeld, Ballenstein, Weher und
Worm. Herr Arbeiterssekretär Krämer (Wiesbaden)
sprach über die gegenwärtigen Aufgaben der katho-
lischen Arbeitervereine auf religiös-wirtschaft-
lichem, sozial- und staatsbürgerlichem Gebiete.

Frankfurt a. M., 2. Febr. Die Einwohner-
zahl Frankfurts ist nach der letzten Zählung auf
290.000 zurückgegangen. Kurz vor dem Kriege
betrug sie fast 450.000.

Das Gemeindevahlrecht

Berlin, 31. Jan. (F. T. B.) In einer Nach-
tragordnung über die anderweitige Regelung des Ge-
meindevahlrechts vom 24. Januar 1910 wird in § 1
folgendes bestimmt:

Die in § 11 des Reichswahlgesetzes vom 30.
November 1918 (Reichsgesetzblatt, S. 1310) festgesetzte
Freizahl von 21 Tagen kann vom Wahlvorstand bzw.
der Wahlkommission umgeändert werden, doch ist die
Freizahl am 7. Tage vor dem Wahltag ihnen die Wahl-
vorstände einzurufen sind. In Gemeinden unter
2000 Einwohnern kann beschlossen werden, daß die
Wahlvorstände auch von weniger als 100, aber min-
destens 20 in der Gemeinde zur Ausübung der Wahl
berechtigten Personen unterzeichnet sein können.

Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission hat
spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag zur Ein-
richtung von Wahlvorständen durch eine Bekannt-
machung in den zur amtlichen Veröffentlichung dien-
lichen Blättern der Gemeinden aufzufordern. Die Be-
kannmachung hat die in § 12 der Wahlordnung vom
30. November 1918 vorgeschriebenen Angaben zu ent-
halten.

Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission sind
berechtigt, in dieser Bekanntmachung (vergl. Absatz 3)
die Größe der Stimmzettel sowie ihre sonstige Be-
schaffenheit abweichend von den Vorschriften des § 34
der Wahlordnung vom 30. November 1918 zu be-
stimmen.

Um Zweifel bezüglich der Auslegung der Be-
ordnung über die anderweitige Regelung des Gemein-
devahlrechts vorzubeugen, wird zur Erläuterung folgen-
des bemerkt:

1. Unter Mitgliedern der Gemeindevereinigungen
sind in Städten die Stadtverordneten (Bürgerver-
ordnete) und in den Landgemeinden die nicht zum Ge-
meindevorstande gehörigen Mitglieder der Gemein-
devereinigungen zu verstehen. Nicht darunter fallen die
Magistrate bzw. Gemeindevorstände.

2. Gemäß § 4 der Verordnung sind auch die Mit-
glieder der Magistrats- und Gemeindevorstände zur
Stadtverordnetenversammlung, Vorherberversammlung
bzw. Gemeindevorstande wählbar.

3. Die Zahl der Stadtverordneten (Bürgerver-
ordnete) bzw. Gemeindevorstände bleibt wie bisher in dem
von der Stadt- bzw. Landgemeindevorstande fest-
gesetzten Rahmen der historischen Entwicklung mit der
Veränderung verträglich, doch die Mindestzahl 6 und die
Höchstzahl 144 Mitglieder zu betragen hat.

Was das Verhältnis anbelangt, in dem die Land-
gemeinden, die Mitglieder des Gemeindevorstandes an
den Mitgliedern der gewählten Gemeindevorstände
übernehmen, § 11, Absatz 3, weisliche Landge-
meinden, so bleibt es bei diesem Verhältnisse.

4. Die Zusammensetzung des Wahlvorstandes bzw.
der Wahlkommission ergibt sich nach den einzelnen
Stadt- bzw. Landgemeindevorstande. So weit
dennoch Verfügungen vorgeschrieben sind, sind sie in Städten
von der Stadtverordnetenversammlung, in Landgemein-
den von der bisherigen Gemeindevorstande bzw.
Gemeindevorstande zu wählen.

Insofern hinsichtlich der Bildung und
Zusammensetzung des Wahlvorstandes usw. vorhanden
sind, sind die Bestimmungen der einschlägigen Stadt-
und Landgemeindevorstande durch Beschluß der
bisherigen Gemeindevorstande zu ergänzen.

Aus Wiesbaden

Waldstreif

Der Waldstreif, welcher mit Recht in den meisten
Kreisen der Bevölkerung Beachtung hervorgerufen
hat, ist ebenso ein Zeichen der Zeit, wie die unange-
nehme Einkubelschuld und hat vom ersten Tage
an die größte Aufmerksamkeit der Behörden erfahren.
Wenn die von den verschiedenen Behörden getroffenen
Maßnahmen nicht sofort die gewünschte Wirkung zu
haben schienen, so lag dies an den derzeitigen Ver-
hältnissen, insbesondere auch an dem Umstand, daß
die unbewachten Forstschutzbezirke den Forstern
gegenüber nahezu machtlos waren, ein größeres Polizei-
angebot aber nicht möglich und ohne Schädigung an-
derer wichtiger Interessen herbeiführen gemacht werden
konnte. Nachdem der Magistrat dem Rat in der
Vermögensfrage darüber entgegengetreten ist,
daß jedem Einwohner bis zu einem bestimmten
Einkommen eine gewisse Menge Holz unentgeltlich
verabreicht wurde und den unbewachten Einwohnern
auch noch bei nachgewiesener Bedürftigkeit weiteres
Holzmaterial zur Verfügung gestellt wird, hat die
Polizeidirektion im Verein mit dem Magistrat und der
Oberförsterei sämtliche Waldstücke seit Mitte dieses
Monats abgeforstet, und zwar mit dem Erfolge, daß
die Holzbedürftigen bis auf ein geringes Maß aus-
gehört haben. Auch dem Handel mit geschloßenem Holz
ist durch geeignete Maßnahmen und mit erkennbarer
Wirkung entgegengetreten worden. An die Verbilli-
gung Wiesbadens ergreift hierdurch das dringende Er-
suchen, die Maßnahmen der Behörden nicht mehr an-
zuerkennen, sondern dort auf milde Beurteilung seitens
der Behörden nicht gedrungen werden. Geht es um
den Besitz von Holzbedürftigen (Zambischen)
darauf hinzuwirken, daß sie sich der strafbaren Verbilli-
gung schuldig machen, wenn sie durch die Verbilligung des
geschloßenen Holzes die amtlichen Nachforschungen er-
schweren und dem Forst Sozialis leiten.

Der Polizeidirektor: gen.: Dr. Alberti.

Erhöhung der Fahrpreise

Am 1. April 1919 werden auf der Staatsbahn-
bahn die Tarife für die Beförderung von Personen,
Hunden und Gepäck erhöht. Die Tarifänderung im
Personenverkehr erfolgt durch Erhöhung von prozen-
tualen Zuschlägen zu den heutigen Fahrpreisen. Die
Zuschläge sind nach Klassen geteilt und betragen:
in 1. Klasse 100 Prozent, in 2. Klasse 40 Pro-
zent, in 3. Klasse 30 Prozent und in 4. Klasse 25 Pro-
zent. Arbeiter, Schüler und Zeitarbeiter werden nicht
erhöht. Im Schnellzugverkehr fällt mit dem 1. April
1919 die Erhebung der Erhaltungsgelder fort. Es
sind von diesem Tage an für Schnellzüge die neuen
erhöhten Verbilligungssätze und daneben Schnell-
zugzuschläge nach folgenden wieder auf drei Klassen be-
ziehlichen Tarifen zu erheben: für die erste und zweite
Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
dritte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
vierte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
fünfte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
sechste Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
siebente Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
achte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
neunte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark, für die
zehnte Klasse je 1: 1—75 Kilometer 2 Mark. Die Er-
höhung der Fahrpreise für die Beförderung von Hunden
beträgt 25 Prozent. Die Gepäckzuschläge werden um
50 Prozent erhöht. Die bisherige Frachterhöhung
sowie Gewichtszuschläge des Stilles auf 50 Kilo-
gramm fallen fort. Der Einheitspreis für Gepäck
beträgt 0,8 Bz. für 10 Kilogramm und einen Kilo-
meter. Die Beförderung des Frachtmaterials einer
Frachtdoppelung fallen fort.

Der Verein zum Schutze gegen schädliches Kreditgeben (Kreditbündelverein)

hielt am vergangenen Dienstag seine 50. Haupt-
versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Kauf-
mann Max Geffert, in Firma F. H. Stohr
Nachf., warf einen Rückblick auf die 50 Jahre. Er
dankte den Mitgliedern, die den Verein gegründet
und seitdem geleitet haben. Man hatte zu ihrem
Gedenken ihre Bilder unter Pflanzenstempel
aufgestellt. Ebenso sprach er Herrn Karl Walter 2.,
der 25 Jahre dem Vorstand angehört und einige
Jahre Vorsitzender war, seinen Dank aus. Der
jetzige Geschäftsführer, Herr Bezirks-Direktor
Ludwig Hiel, der seit 1904 die Geschäfte des Ver-
eins leitet, nahm dann das Wort zur Bericht-
erstattung. In dem abgelaufenen 50. Vereinsjahr
machten sich die allgemeinen Verhältnisse in harter
nachteiliger Weise bemerkbar. Er teilte die
rechnungsmäßigen Ergebnisse über die Tätigkeit
des Vereins mit, aus denen hervorging, daß der
Verein durch seine Einrichtungen, Wahlverfahren,
Kassenbuchverfahren, Kassenvermittlung und Aus-
kunft den Mitgliedern in weitgehendem Maße
zur Seite gestanden hat. Aus dem vergangenen
50 Jahren sei hervorgehoben, daß dem Verein
während dieser Zeit insgesamt 30.010 Personen
mit 1.998.277 M. Schulden zum Verbleiben
übergeben worden sind, von welchen eine erheb-
liche Summe eingezahlt worden ist. In die Schuld-
liste wurden 12.612 Personen, davon 1.223 wieder-
holt eingetragen; die heutige Schuldliste enthält
noch 4296 Namen, womit die Geschäftswelt ein
wertvolles Hilfsmittel hat, um sich vor Schäden zu
bewahren. Im Jahre 1905 hat der Verein das
Kassenbuchverfahren eingeführt, durch welches die
Ausstände in der Wohnung der Schuldner, oft
durch kleine Teilbeträge erhoben werden. Der
Verein hat mit dieser Einrichtung, für welche ihm
insgesamt 8008 Personen mit 290.000 M. Schul-
den zum Verbleiben übergeben wurden, gute
Erfolge erzielt. Der jetzige Geschäftsführer hat
Wert darauf gesetzt, den Verein als Anstalts-
stelle zwischen Gläubigern und Schuldner auszu-
bauen; es sind dadurch zahlreiche Rechtsstreit-
igkeiten und Kosten für beide Seiten ver-
mieden worden. Der Verein darf sich in An-
spruch nehmen, daß er in den 50 Jahren seines
Bestehens der Wiesbadener Geschäftswelt in weit-
gehender Weise gedient hat, wozu auch die ein-
nehmenden Verwaltungskammern der hiesigen Han-
delkammer, Handelskammer und des Kauf-
männischen Vereins Zeugnis ablegen. Die Tätig-
keit des Vereins wird eine um so wirksamere
sein können, je größer die Zahl der Mitglieder ist,
und es soll nach Klärung der jetzigen Lage in eine
größere Verdichtungsarbeit einbezogen werden, be-
sonders da der Verein, der mit M. 12.— für das lau-
fende Jahr festgesetzt wurde, ein außerordentlich
geringer ist für all das, was der Verein bietet.
Der Vorsitzende und Herr Kaufmann Geffert
bedankten dem Geschäftsführer für seine
wäsende und verantwortungsvolle Tätigkeit und
die Personennamen wurde, nachdem noch die aus-
scheidenden Ausschmittglieder, die Herren Max
Geffert, Friedrich Egner und Heinrich Schwenk,
wiedergewählt wurden, geschlossen.

Das Ende der Festschiff

Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des
Reichspostamts treten infolge der Demobilisierung
die den Heeres- und Marineangehörigen gewähr-
ten Postvergünstigungen für Feldpostsendungen bis
31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Ma-
rineangehörige in den deutschen Gebieten erlöschen
die Vergünstigungen einseitlich mit dem Uebertritt
auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 ab

erfolgt die Beförderung von Sendungen an die
Angehörigen des Heeres und der Marine im In-
lande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vor-
schriften (Soldatenbrief).

Für Renteneinpänger

Den Empfänger von Altersrenten ist für das
Jahr 1919, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich
im Auslande aufhalten, eine monatliche Zulage
von 8 Mark gewährt worden. Die den Empfän-
gern von Invaliden-Renten und Witwenrenten
seitler bewilligt gewesene Zulage bleibt auch für
das Jahr 1919 bestehen. Die Zulagegutschriften
können von den Renteneinpängern bei den Ge-
meindebehörden empfangen werden.

Gegen die Schiebungen

Der „Zentralverband des deutschen Großhandels-
lot zur Frage der Verteilung der Reichsware und der
Heeresverhältnisse eine Eingabe an den Rat der Volks-
beauftragten gerichtet, der einen scharfen Protest
gegenüber der auf diesem Gebiet eingerissenen Miß-
wirtschaft enthält. Es heißt darin u. a.: Während
des Krieges war es notwendig, Bestände aller Art,
insbesondere auch bei dem Großhandel, zu beschlagnah-
men und sie der Kriegswirtschaft zum Zweck der
Versorgung der Armee zuzuführen. Es mußte erwartet
werden, daß der Geschäftsbetrieb nach dem Krieg die
für den allgemeinen Bedarf dringenden Bedürf-
nisse ohne Verzögerung wieder hergestellt werden. Nun sind
aber Monate verstrichen, ohne daß dem treuen Handel
aus diesen Beständen nennenswerte Mengen zugeführt
wurden, obwohl zahlreiche Verhandlungen geführt
sind. Während die mit der Verwaltung der Heeres-
güter betrauten Ämter sich nicht in der Lage
waren, den Geschäftsbetrieb auch nur die notwendigen
Unterlagen über die Mengen der vorhandenen Be-
stände zur Verfügung zu stellen, hat im ganzen Reich
die Entleerung der Reichs- und Heereslager durch un-
lautere Machenschaften, Diebstahl und
Schiebungen in einem so erschreckenden Maße ein-
gesetzt, daß beschlagnahmte Waren, die die vorhan-
denen großen Bestände unter schweren finanziellen
Schäden für das Reich allmählich vollständig verschwin-
den. Wir bitten die Regierung um umgehende Abre-
gung, ob sie bereit ist, entweder einen ausreichenden
Erlaß der Bestände zu sichern und mit größtmög-
licher Beschleunigung eine organisierte Verteilung unter
Duzung der wirtschaftlichen Verbände einzuleiten
oder den Verkauf freizugeben.

Schuhwaren

„Zum Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen“
erhalten wir nachstehende Mitteilung: Durch die
Demobilisierung ist man im Publikum vielfach der
Ansicht, daß nun mehr Leder vorhanden und in-
folgedessen eine ganz wesentliche Verbilligung des
Leders und auch des Schuhwerks eintreten müsse.
Das trifft leider nicht zu. Die Preise für Leder
und Oberleder sind um 20 Prozent erhöht, auch die
Arbeitslöhne sind unter dem Druck der Verhältnisse
ganz wesentlich gestiegen, so daß die notwendige
Erhöhung der Preise für Sohlen und Abzüge je
nach den örtlichen Verhältnissen bis 2 Mark und
mehr beträgt, als es bisher zulässig war. Außer-
dem sind wir über die Lederknappheit noch lange
nicht hinweg. Durch die Befehle des kaiser-
lichen Reichs sind in einem sehr großen Teil un-
serer Leder erzeugenden Industrien die Möglich-
keit genommen, um ihre Produkte anzuführen.
In ganz besonderem Maße ist es Oberleder, das
uns in Zukunft noch weit knapper werden wird, als
es bisher der Fall war. Daraus ergibt sich
leider auch noch die weitere Tatsache, daß sich der
Schuhmacher immer noch gezwungen sieht, bei seiner
Arbeit Ersatzstoffe verwenden zu müssen. Wir
wollen hierbei nicht unterlassen, auch noch darauf
hinzuweisen, daß durch die Demobilisierung die
Schuhmacher wieder in ihre Werkstatt zurückgekehrt
sind und ihre alte Kunstfertigkeit wieder beben
können. Das Publikum hat daher nicht nötig, das
reparaturbedürftige Schuhwerk den während des
Krieges entlassenen, von Nichtsozialisten geleiteten
Reparaturwerkstätten anzuvertrauen. Auch erfüllt
man eine vaterländische Pflicht, wenn man den aus
dem Heeresdienst entlassenen Schuhmacher durch
Arbeit unterstützt.

Forderungen der aus der Gefangenenschaft zurückgekehrten Kriegsteilnehmer

Eine in Frankfurt a. M. im „Kriegsurlaub“ ab-
gehaltene Versammlung von aus feindlicher Ge-
fangenschaft zurückgekehrten Kriegsteilnehmern des
18. Armeekorps nahm folgende Entschlüsse an:
„Die Versammlung fordert von der Reichsleitung
für die Angehörigen der Kriegsgefangenen die so-
fortige Weiterzahlung der Löhne, die zur Ver-
besserung ihrer Ernährung unbedingt notwendig
ist, sowie Weiterzahlung der Unterbringung an die
Angehörigen vor der Gefangenennahme. Ferner
wird die Schaffung von Stellen gefordert, wo den
Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen unter
Vermeidung bürokratischer Verschleppungsdienst
Kaufkraft erteilt und ihr Recht wird. Den zurück-
gekehrten Kriegsgefangenen ist die vorerwähnte
Vohnung nachzugeben.“

Volksleichenhalle

Im Monat Januar betrug die Zahl der Befer
1879, die der Beferinnen 447.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Konzert

Endlich, nach langem Warten, bekamen wir im Kur-
haus wieder ein Julius-Konzert besetzt. Gerade
jetzt, wo in erster Linie ein Hunger nach guter Musik
vorhanden ist, könnten ruhig Konzerte auch ohne aus-
wärtige Solisten gemacht werden, denn einmal haben
wir genug heimische Künstler, welche ruhig den Ver-
gleich mit mancher „berühmten“ Kraft anhalten
können und dann wäre es ja möglich, einzelne Konzerte
im Julius einzulassen als reine Orchester-Konzerte zu
veranstalten. Zum letzten Konzert war es nun ge-
kommen, Herr F. Hans Rehbold aus Köln zu
kommen und spielte der junge Künstler das B-noll-
Konzert von B. Tschairowski. Was bei seinem
wichtigen Konzert schon sehr selten werden konnte, hat
Derr Rehbold diesmal aus dem Reue beibringt, nämlich,
daß er ein tadelloser Pianist ist, mit höchster, ein-
wandfreier Technik, mit welchem, vielleicht manchmal
zu weichen Anschlag und doch ein Künstler ist, der
mit Fleiß an seiner Entwicklung arbeitet. Alles wäre ja
schon schön und gut, doch der Charakter des Tschai-
rowskischen Konzertes wurde er nicht gerecht, das
kannische des Werkes kam nirgends und nie zu Wort.
Wir wollen keine Vergleiche anstellen, aber im Interesse
des Herrn Rehbold würden wir ihm empfehlen, wenn
er Gelegenheit hat, sich dieses Konzert von der Gattung
auszuheben, das ist Tschairowski. Das Publikum be-
reitet dem Künstler herzlichste Gratulationen und spricht
Derr Rehbold als Jugende die „Bereit“ von Lob und
mit einer ganz ungläubigen Freude und Begeister-
heit, natürlich dankte noch lebhafter Beifall für den
Genuß.

Nachdem das ganze Konzert ein F. Tschairowski-
abend war, bekamen wir als Overturennummer die
Symphonie Nr. 6 in D-moll zu hören. Diese Sym-
phonie — die „pathetische“ — ist einmal zweifellos
das weitaus beste und gelovendste Werk des Russen,
aber auch in der neuen Auffassung nimmt es einen
ersten Platz ein. Die Grundstimmung des ganzen
Werkes ist melancholisch, und doch wird diese Stim-
mung nie erstickend und läßt den Hörer nicht los von
der ersten bis zur letzten Note. Der erste Satz wirkt
trotz des wunderbaren Schicksalsdramas am meisten ein-
dringlich, ein bißchen zerrissen und melancholisch; die
Schwächen vergeht man aber durch den Stimmungsdreiß
des Ganzen und durch die glühende Leidenschaft. Un-
vergesslich am wenigsten die melancholische Overtüre des zweiten
Satzes mit ihrem harmonisch seltsamen Instrumental-

takt. Am meisten trifft mich aber immer die Tragik
des letzten Satzes (Adagio lamentoso). Ich kann
nicht leicht etwas Großes Traurigeres, als diesen Aus-
klang mit dem Tschairowski aus dem Leben geschie-
den ist.

Herr Carl Schuricht hat: das Werk mit großer
Liebe, Hingebung und taubertlicher Anordnung ein-
studiert und mit Feuer und Lust zur Wiedergabe ge-
bracht. Das verarbeitete Karlsruher war ganz in dem
Geiste eines temperamentvollen Leiters und folgte
ihm willig und gern, den leisesten Wünschen mit schnell-
stem Erfolge folgend.

Dem Orchester, sowie seinem verdienten Dirigenten
mühen für die ideale Tat auch Glückwünsche und vor
allem sehr herzlichste Gratulationen gebührt. Hoffentlich
bekommen wir nun öfter wieder unsere Julius-Konzerte
geboten.

Kunstkritik

Kais. Landesbater. (Spielplan vom 3. bis
9. Februar.) Dienstag (Ab. 8): „Die Gelehrten“, Ant.
5 Uhr. Mittwoch (Ab. 8): „Nigolotto“, Ant. 7 Uhr.
Donnerstag (Ab. 8): „Schahrazade“, Ant. 7 Uhr.
Freitag (Ab. 8): „Ein Soldat“, Ant. 6.30 Uhr.
Samstag (Ab. 8): „Die Gelehrten“, Ant. 6.30 Uhr. Son-
ntag (Ab. 8): „Die Gelehrten“, Ant. 4 Uhr.

Letzte Nachrichten

Die deutschen Kriegsgefangenen

Bern, 3. Febr. In der „Sentinelle“ weiß der
bekannte Revuefreund Charles Bernard erneut
die Absicht Frankreichs zurück, die deutschen Kriegs-
gefangenen zum Wiederaufbau der zerstörten Ge-
biete zuzuschicken. Er hofft, daß Frankreich
sich zur Freilassung der Kriegsgefangenen be-
reit verhalten werde, als noch seinen, Bernard,
Informationen Deutschland sich bereit erklärt hat
einen Stamm ausgeführter Arbeiter zum Wiede-
raufbau der Gebiete nach Frankreich zu entsenden.

Die Kohlennot

Berlin, 3. Febr. Der Magistrat teilt mit:
Die Kohlenvorräte in den Zentralen der städtischen
Elektrizitätswerke, namentlich in der Zentrale im
Rohrdamm, sind nahezu erschöpft. Die unangenehm-
sten Bereiche, an den zentralen Stellen für ausrei-
chende Belieferung Sorge zu tragen, sind ergeb-
nislos geblieben. Es wird demnach aller Voraussicht
nach mit einer einschneidenden Einschränkung der
Stromerzeugung gerechnet werden müssen. Neben
der Schädigung für die Industrie und die
arbeitende Bevölkerung wird es sich nicht vermei-
den lassen, daß auch der Berliner Straßenbahnver-
kehr hart in Mitleidenschaft gezogen wird. — Die
Spandauer Staatswerkstätten, die über 50.000 Ar-
beiter beschäftigen, werden wegen Kohlenmangels auf
8 bis 14 Tage stillgelegt. Die Arbeiter und Ange-
hörigen werden für den Lohnausfall schadlos ge-
halten.

München, 3. Febr. Die bayerische Regierung
erläßt eine Bekanntmachung, daß es ganz aus-
geschlossen sei, für den Hausbrand weitere Kohlen zu
liefern, da eine Befreiung der Kohlenversorgung
infolge der Verteilung des Saargebietes und des
durch die Beschlüsse des Vorkriegsbeschlusses verur-
sachten Kohlenmangels in absehbarer Zeit nicht zu er-
warten sei. Die Gemeinden werden aufgefordert,
die Haushaltungen hierauf rechtzeitig aufmerksam
zu machen, sie zur Erreichung der Kohlenvorräte mit
Holz und Torf zu ermahnen und soweit als mög-
lich bei Heizung der Kachel- und Schüräume usw.
durch Verwendung von Holz und Torf Kohlen zu
sparen.

Weitere Beschränkungen des Bahnverkehrs

Berlin, 3. Febr. Infolge der Kohlennot sieht
sich die Eisenbahndirektion genötigt, noch weitere
umfangreiche Verkehrsbeschränkungen als bisher
vorzunehmen. Der Bahnverkehr wird vom 10. Fe-
bruar ab nur noch auf Grund besonderer Zu-
lassungsscheine gestattet sein. Die entsprechenden
Bekanntmachungen werden in den nächsten Tagen
veröffentlicht werden.

Lebensmittel für Deutschland

Berlin, 2. Febr. Die deutsche Volkswirt-
schaft für den Bezug und die Verteilung von Le-
bensmitteln stellt gestern nachmittags im Auswärti-
gen Amt unter dem Vorsitz des Staatssekretärs
Großen Brodbeck-Rambau ihre konstituierende
Sitzung ab. Die Aufgabe der Volkswirtschaftliche be-
steht darin, die vom neutralen Ausland zur Ver-
fügung gestellten Lebensmittel in Deutschland zur
Verteilung zu bringen; insbesondere sollen Frauen,
Kinder und ältere Leute mit Lebensmitteln be-
dacht werden. Es handelt sich um nicht unbedeutende
Mengen, die nach Verhandlungen mit der
dänischen und schwedischen Regierung bereitgestellt
werden sollen.

Wahlkündigung in Amerika

Newport, 2. Febr. Die Leitung der Textil-
arbeiter-Gewerkschaft hat ihre Mitglieder, deren
Zahl annähernd eine Million beträgt, angewiesen,
am Montag, ungeachtet des Widerstands der Ar-
beitgeber, den Wahlkündigung einzuführen. Die
Textilarbeiter in den Neu-England-Staaten treten
am Montag in den Streik, obwohl die Arbeitgeber
Bezahlung für 54 Stunden bei 8-stündiger Arbeits-
zeit in der Woche gewährt haben.

Köln, 2. Febr. Die englische Militärbehörde
hat die „Königliche Zeitung“ auf zehn und das
„Kölnische Tageblatt“ auf acht Tage verboten.

Berlin, 3. Febr. Berliner Meldungen zu-
folge soll sich Königshagen seit gestern nachmit-
tag im Besitz der Spartakisten befinden. Aus
Berlin ankommende Spartakistenanhänger, meist
Katholen, haben sich in der letzten Nacht in den Be-
sitz der wichtigsten Staatsgebäude gesetzt. Ihre An-
kunft war den dortigen Regierungsstellen mitgeteilt
worden, woraus die Gouvernementsgebäude zu
Trotzdem wurde den Spartakistenanhängern kein
Widerstand geleistet und die Truppen aus den be-
lebten Gebäuden zurückgezogen. Die Regierung
sah für die Beamten Streikparole aus.

Berlin, 3. Febr. Zum Nachfolger für
Kola Luxemburg oder, wie es in dem Beschluß des
Landesgerichts Berlin-Tempelhof heißt: „Für die
angehört verheiratete Frau Dr. Kola Luxemburg
in Eidenbe“, ist der frühere Justizminister Reichs-
anwalt Dr. Kurt Hoenfeld bestellt worden.

Bremen, 2. Febr. (F. T. B.) Zwischen den De-
missionen Herberich und der Regierung von Bremen
wurde bis Sonntag nacht 12 Uhr ein Waffenstill-
stand geschlossen. Inzwischen werden mit Berlin
Verhandlungen gepflogen.

Dresden, 3. Febr. Die Bodenepidemie be-
trifft sich in Dresden weiter aus. Es sind bis jetzt
etwa 200 Fälle hier festgestellt worden. Eine An-
zahl Personen sind an der Seuche gestorben.

Offenbach, 3. Febr. Heute früh kam es im
hiesigen Adolphhof zu einem Zusammenstoß
zweier Arbeiter, die aus Tübingen und
Reinheim gegen 7 Uhr einliefen. Der Anfall war
so heftig, daß mehrere Wochen zerronnen wer-
den. Der Fahrer des Dickenbacher Wagens wurde
getötet, der Lokomotivführer schwer verletzt. Von
den Mitreisenden der beiden Züge erlitten 15 Per-
sonen mehr oder minder schwere Verletzungen.

Briefkasten

N. 100. Ein rechtmäßiger „Hörner“ nicht Jünger
nicht zu. Nichtbedenklich, wie es sich emp-
fiehlt, beim Reizmittel zu werden und
Kantengeld zu verlangen.

Kathol. Männerverein, Wiesbaden

Unser langjähriges Mitglied des Vereins Herr Joseph Mitter Veteran von 1886 und 70/71 ist am 1. Februar sanft im Herrn entschlafen. Die Beerdigung findet Mittwoch, 6. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet DER VORSTAND.

Hausbrand.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Januar 1919 wird die Brennstoffmarke 3 für Haushaltungen mit Kaminen mit Anfangsbuchstaben J—Q bei sämtlichen Kohlenhändlern in Kraft gesetzt. Auf die Marke 3 werden von den Kohlenhändlern veräußert: 2 Zentner Kohlen, darunter darf 1 Zentner Braunkohlenbröckeln sein, soweit dies der Vorrat der Händler gestattet.

Außerdem werden auf die Marke 3 von der Städtischen Ausgleichsstelle (Gaswerk Mainzerstraße) ausgegeben:

1 Zentner Rohbraunkohlen zum Preise von 2,80 und bis zu 5 Zentner Kohlgrieß zum Preise von je 2 Mark.

Zahlstelle: Gaswerk Mainzerstraße. Die Rohbraunkohlen können auch an der Städt. Ausgleichsstelle am Westbahnhof in Empfang genommen werden, wenn die Zahlung des Betrages beim Städt. Kohlenbeschaffungsamt, Grabenstr. 1, erfolgte.

Wiesbaden, den 1. Februar 1919.

Der Magistrat.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung schreibt:

„Einer der Hauptursachen zur Kohlenverschwendung ist der schlechte Zustand, in dem sich in fast allen Haushaltungen die Öfen, Küchenherde und Zentralheizungen infolge der Vernachlässigung in den Kriegsjahren befinden. Während deren fast keine Reparaturmöglichkeit vorhanden war. Man kann ruhig annehmen, daß diese Verschwendung an wertvollen, jetzt unerfessbaren Brennstoffen in den Großstädten ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtbedarfs an Kohle und Holz für den Hausbrand ausmacht.

Diese Verschwendung muß angehalten werden. Die Kohlenlage jetzt ausbleiben. Öfen, Herde und Zentralheizungen müssen jetzt so schnell wie möglich repariert werden. Personal und Material ist vorhanden; es sind genügend Arbeiter, Zentralheizungsmechaniker und Ofensetzer aus dem Gebirge zurückgekehrt; die Beschaffung der erforderlichen Werkstoffe ist aufgehoben.

An alle Hausbesitzer und Mieter ergeht die dringende Aufforderung, sofort alle Reizeinrichtungen ihrer Wohnungen gründlich nachsehen und in Stand setzen zu lassen.

Die uns am Ende des Winters voraussichtlich fehlende Menge unserer Hausbrandkohlen kann nur durch Ersparnis im Betriebe in den nächsten Wochen zum Teil heringeholt werden und diese Ersparnis ist nur möglich, wenn alle Feuerungen in gutem Zustande sind.“

Wiesbaden, den 27. Januar 1919.

Demobilisations-Ausschuß Wiesbaden (Stadt).

Aufforderung.

Alle diejenigen, welche dem Nachlaß der Frau Schmitz-Volkmarth zu Wiesbaden, Taunus-Hotel, noch etwas schulden, oder aber Forderungen gegen diesen Nachlaß geltend zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dies innerhalb zwei Wochen bei den unterzeichneten Generalbevollmächtigten der Erben anzumelden.

Braß und Dr. Dillmann Rechtsanwältin Wiesbaden, Adelheidstr. 15

Unser Telefon Nr. 872 ist freigegeben.

Abholung von Gepäck, Fracht und Gütern prompt durch

Speditionsgesellschaft Wiesbaden G. m. b. H., Adolfsstraße 1.

Markenfrei! Prima ostfriesischer Brenn-Lor

für Hausbrand (Stubensöfen) und besonders für Zentralheizungen geeignet, wird in jeder gewünschten Menge zu Mk. 8,25 je Ztr. am städtischen Lagerplatz Westbahnhof und Städtisches Gaswerk, Mainzerstraße 142, abgegeben.

Bestellungen werden an den Kassier Kohlenbeschaffungsamt, Grabenstr. 1, Städtisches Gaswerk, Mainzerstr. 142, entgegengenommen.

Städt. Kohlenbeschaffungsamt.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833, 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgroschkonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots), Vermietung verschließbarer Schrankfächer, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung blauer Zinsscheine.

Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut der Bezirksverbände der Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen. Direktion der Nassauischen Landesbank.

Institut St. Anna Königstein im Taunus

Lyzeum der Ursulinen verbunden mit Pensionat und Haushaltungskursus Nähere Auskunft erteilt die Oberin.

Kohlensparer

unentbehrlich für jeden Haushalt, sowie Wirtschaften, Hotels, Kaufmännischer, Büroverwaltungen usw. Von Hochbauinspektoren von vielen Behörden und privaten Haushaltungen glänzend begutachtet. — Bis 50% Kohleneinsparnis. Preis je nach Größe von Mk. 15.— an. Beschäftigung und Prospekt frei.

Jacob Cramer, Schlosserei, Wiesbaden Stiltstraße 24. Telefon 3443.

Markenfrei! Torfbrikett Buchen-Kieferholz-Holz Kohlen

Louis Weingärtner Schulgasse 2.

Reines trockenes Buchenscheitholz

offenfeuert, kann wieder in jeder Menge geliefert werden. Ab 5 Zentner 6,50 Mk. frei Keller. Großabnehmer Vorzugspreise. A. Müller, Mainzerstraße 65, Telefon 816. Bestellungen nimmt auch entgegen: Blumengeschäft Peuten, Alte Kirch- und Adelheidstraße, Telefon 6511.

Wer Kriegsbeschädigte Kaufleute, Bürogehilfen und Arbeiter aller Berufe benötigt, wende sich an die Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte im Arbeitsamt Dohheimer Straße 1.

Suche für sofort einen Bäcker- u. Konditor-Lehrling gegen Vergütung. Vom Bande bevorzugt. Näheres bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Braves Mädchen für Küche und Haus in feiner Haushaltung gesucht. Wallbühel, Lahnstraße 9, 1. Zu sprechen von 2—7 Uhr.

Gesucht zum 15. Februar ein durchaus tüchtiges Hausmädchen das auch Wäschebehandlung versteht. Nur mit gut. Zeugn. versehen wollen sich melden, vormittags von 10—12 nachmittags von 4—7 Uhr. Bierkaderer Straße 1.

Meinmädchen zuverlässig, weiß, g. Körperl. sucht für 15. Februar od. spät. in jungen Haushalt gesucht. Große Wäsche wird ausgeg. Zentralheiz. Näh. 5—7 Uhr M. Strumpf, Wohnstr. 8, 1.

Solides fröhliches Mädchen (nicht unter 18 Jahre) für Konditorei u. Cafébesuch gesucht. Wenz, Mainz-Kastel, Ludwigplatz 2.

Schöne Laden-Einrichtung

für Kolonial- und Farbwaren mit zwei Marmortheken zu verkaufen. A. Schwörer, Mainz, Markt 13.

Für Ausstatter! Gut erhaltenes Piano zu kaufen gesucht. Offerten unter 387 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Elekt. Motor- od. Arbeitslampe zu verkaufen. Off. unter B. 534 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gelegenheitskauf! 1 gebläuter Offiziersmantel, 1 Waffenrock, 1 kleiner Rock, 2 Hosen, Herrenstiefel, noch gut erhalten, für mittlere Figur (1,65 m) passend, abzugeben. Wiesbaden, Westbahnstr. 87, p.

Schreibsekretär, Raschelbett, 2 Kleiderstühle, Diwan, Komode, Waschkomode, Küchenschrank, Regulatoruhr und Aukuhluhr, pol. Vertikow, alles sehr billig zu verkaufen. Schornberg, Dornstraße 17, III.

Elegante Baby-Badewanne fast neu, nicht ständer zu verkaufen. Offert unter 537 an d. Geschäftsstelle dies. Ztg.

Schön. Hundebett für Stubenhund (Metall) zu verkaufen. Offert unter 536 an d. Geschäftsstelle dies. Ztg.

Kaffehühner Peking-Enten leicht zu kaufen. Fischer, Eigenheim, Herl-Steige 31. Auf sofort 12000 Mk. und zum 1. April 15000 Mk. ganz oder geteilt auf Hypothek anzuleihen. Kopp, Dellmannstr. 42.

Suche auf 1. Hypothek 40000 Mark Offerten unter 580 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einlagen — Gesuche sowie alle schriftliche Arbeiten in deutscher und französischer Sprache führt prompt aus Rechtsbüro Gullich Wiesbaden, Rheinstraße 60.

zweites baldiger Heirat suche, meinen Schwager, ohne dessen Wissen, Heiratsin oder Witwe mit häßl. Gesinnung und gutem Neuhören, mit etwas Vermögen, am liebsten vom Banke. Derelbe ist Mitinhaber einer gutgeh. Fabrik, etwa 30 Jahre alt, von gutem Neuhören und verträglichem Charakter. Verschwiegenheit zugesichert. Off. u. 509 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kath. Gräulein 31 J., mit etwas Vermögen, von tadelloser Vergangenheit, wünscht mit faulst. Herrn im Alter von 35—45 Jahren in fester Lebensstellung (am liebsten Beamten) zweites Heirat bekannt zu werden. Gest. Off. mögl. mit Bild, das zurück, wird u. 223 an die Geschäftsstelle d. Zeitg. reb. Strengste Verschwiegenheit zugesich. u. verlangt

Einlagen — Gesuche sowie alle schriftliche Arbeiten in deutscher und französischer Sprache führt prompt aus Rechtsbüro Gullich Wiesbaden, Rheinstraße 60.

Einlagen — Gesuche sowie alle schriftliche Arbeiten in deutscher und französischer Sprache führt prompt aus Rechtsbüro Gullich Wiesbaden, Rheinstraße 60.

Pässe werden aufgezoogen in handlicher Taschenbuchform Hermann Rauch Buchdruckerel und Buchbinderel Friedrichstraße 30.

Sarg-Magazin Joseph Fink, Wiesbaden, Frankenstr. 14, Telefon 2976.

Ernst Neuser Wiesbaden, Kirchgasse, Ecke Faulbrunnenstraße Große Auswahl in Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung Kommunikanten-Anzüge Werkstatt für Umänderungen und Instandsetzung Maß-Anfertigung.

Wir empfehlen uns zur Ausfuhrung von Umzügen jeder Art von Zimmer zu Zimmer, sowie zur Lagerung von ganzen Wohnungseinrichtungen, einzelnen Möbelstücken, Flügeln, Pianinos, Koffern und Reisegepäck unter Garantie in unserem massiven, feuersicherem, staub- und ungezieferfreien Lagerhause Adolfsstraße 1, an der Rheinstraße Speditionsgesellschaft Wiesbaden G. m. b. H. Bureau Adolfsstr. 1. Telefon 372

J. & G. Adrian Hofspediteure Sa. Maj. des Kaisers und Königs Bahnhofstr. 3 WIESBADEN Telefon 58, 6223 Internationale Spedition. Möbeltransporte von und nach allen Plätzen des In- und Auslandes. Moderne Möbellagerhäuser neben dem Hauptbahnhof.

Reisetaschen, Reisekoffer, Schürzen, Damentaschen, Portomonaies, Brieftaschen, Rucksäcke in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen. A. Letschert, Faulbrunnenstr. 10.

Bahnhofswirtschaft Hauptbahnhof Wiesbaden Täglich frisches Gebäck 1 Tasse echten Bohnenkaffee . . . Mk. 0,75 1 Tasse feinste Schokolade . . . Mk. 0,75 1 Tasse echten Tee . . . Mk. 0,50 1 Könnchen Bohnenkaffee mit Gebäck Mk. 2.— FRITZ KRIEGER HOFLIEFERANT.

Kurhaus zu Wiesbaden Dienstag, den 4. Februar 1919, nachm. 4 Uhr: Abonnements-Konzert des Städtischen Kurorchesters. Leitung: Herr Deem. Irmer, händ. Kurkapellmeister. 1. Ouvertüre zur Oper „Die Entführung aus dem Serail“ (W. A. Mozart). 2. Finale aus „Aohengrin“ (M. Wagner). 3. Fantasia aus „Ernani“ (G. Verdi). 4. Walzer aus der Operette „Der Graf von Luxemburg“ (F. Lehár). 5. Ouvertüre zur Oper „Lohengrin“ (D. F. Schubert). 6. Serenade F-dur (M. Hoffmann). 7. Fantasia cavrice (S. Beethoven). 8. 8 Uhr: Abonnements-Konzert des Städtischen Kurorchesters. Leitung: Herr Deem. Irmer, händ. Kurkapellmeister. 1. Ouvertüre zur Oper „Die Fäulpe von Nürnberg“ (M. Humm). 2. Frühlingslied und Spinnerlied (F. Mendelssohn). 3. Finale aus „Lampa“ (F. Herold). 4. Künstlerleben, Walzer (Joh. Strauß). 5. Ouvertüre zur Oper „Die weiße Dame“ (Boieldieu). 6. Ballettmusik aus „Foscarinnde“ (F. Schubert). 7. Fantasia aus „Don Juan“ (W. A. Mozart). 8. Mit Eigenlauf, March (F. v. Blon).

Nassauisches Landestheater Dienstag, 4. Febr., abends 8 Uhr (Abonnem. C): Siegfried. In drei Akten. Zweiter Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. — Ende gegen 9,45 Uhr

Residenz-Theater Dienstag, den 4. Februar 1919, abends 7 Uhr: Die Witwe von Ephraim. Die Geschichte eines Luilwels in vier Akten von F. Ruybald. — Ende nach 9,30 Uhr.

Kammerlichtspiele Intime Lichtbildbühne Mauritianstr. 12 — Tel. 6137 Das Tor der Glückseligkeit Schicksals-Tragödie in 5 Akten. In der Hauptrolle: Ludwig Hartau.

Thalia-Theater Größtes, mod. Lichtspielhaus Kirchgasse 72. Telefon 6137. Spielzeit 3—10 Uhr. Jubiläums-Festprogramm Der Högend. Holländer mitries. Volkssage 15 Akt Musik von Richard Wagner.